

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Frau Göbel	FBL Finanzverwaltung	gesamte Sitzung
Herr Uebel	Leiter Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Herr Sorger	Wirtschaftsförderer	TOP 4.2
Frau Schicker	FBL Bau und Umwelt	
Herr Schäfer	FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport	TOP 4.1
Herr vom Hagen	Leiter Eigenbetrieb GAV	TOP 4.5
Herr Mißbach	FGL Betriebswirtschaft/Liegenschaften	TOP 4.4
Herr Pöcker	FGL Brandschutz	TOP 4.6
Frau Pretscher	FG Brandschutz	TOP 4.6
Frau Myrczek	Gleichstellungsbeauftragte	

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Herr Zierold (Vogtland-Anzeiger)	öffentlicher Teil
Herr Albrecht (Freie Presse)	öffentlicher Teil
Herr Grünler (Preisträger Projekt Bürgerhaushalt)	TOP 1.1
Frau Gräfe (Preisträgerin Projekt Bürgerhaushalt)	TOP 1.1

Tagesordnung:

öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Prämierung der Preisträger des Projektes Bürgerhaushalt
- 1.2. Tagesordnung
- 1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 12. Sitzung des Finanzausschusses am 08.10.2015
- 1.4. Beantwortung von Anfragen
2. **Information**
Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen für das Jahr 2015
Drucksachennummer: 268/2015
3. **Beschlussfassung**
Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen für Rückzahlung Konzessionsabgabe Strom
Drucksachennummer: 265/2015
4. **Vorberatung**
 - 4.1. Neufassung der Elternbeitragssatzung der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 264/2015
 - 4.2. Breitbandinternetausbau in der der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 272/2015
 - 4.3. Belastung Erbbaurecht DRK
Drucksachennummer: 266/2015
 - 4.4. Grundstücksverkehr (Preisänderung für Grundstück in Jöbnitz)
Drucksachennummer: 254/2015

- 4.5. Bestellung eines Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2015 der GAV
Drucksachennummer: 270/2015
- 4.6. 1. Änderungssatzung zur Satzung zur Regelung des Kostenersatzes für Einsätze der Feuerwehr der Stadt Plauen (Feuerwehrcostensatzung)
Drucksachennummer: 260/2015
- 4.7. Änderungsantrag der SPD/Grüne-Fraktion, zu Nr. 28 (Waldverkauf) des Haushaltsstrukturkonzeptes (**DS.-Nr. 228/2015**)
5. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 13. Sitzung des Finanzausschusses wird von Oberbürgermeister Oberdorfer durch die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Für die Mitunterzeichnung der Niederschrift werden Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., und Stadtrat Steffen Müller, CDU-Fraktion, gebeten.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert kurz über die heutige Begehung in der Plamag, welche zukünftig als Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge genutzt werden soll.

1.1. Prämierung der Preisträger des Projektes Bürgerhaushalt

Oberbürgermeister Oberdorfer begrüßt die Vertreter der Presse und die anwesenden Preisträger.

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, erläutert die Vorgehensweise bezüglich des Bürgerhaushaltes und merkt an, dass der Vorschlag dazu, von den Fraktionen kam. Sie erklärt, dass unter Mitwirkung v.a. auch des Dachverbandes Stadtmarketing in einer Arbeitsgruppe die besten Vorschläge ausgesucht wurden.

Oberbürgermeister Oberdorfer und Frau Göbel prämiieren die Preisträger Herrn Grünler für den Vorschlag „Einrichtung freies WLAN in städtischen Einrichtungen“ und Frau Gräfe für den Vorschlag „Mehr Blitzeinsätze in Fußgängerzonen“. Sie benennen zudem die beiden heute nicht anwesenden Preisträger, Herrn Huster für den Vorschlag „Einrichtung eines Trimm-Dich-Pfades“ und Herrn Tunger für den Vorschlag „Reduzierung der Ausgaben für Arbeitshefte der Schüler“ und informieren, dass diesen die Preise zugesendet werden.

1.2. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen bestätigt.

1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 12. Sitzung des Finanzausschusses am 08.10.2015

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über die 12. Sitzung des Finanzausschusses vom 08.10.2015 fest.

1.4. **Beantwortung von Anfragen**

Keine offenen Anfragen.

2. **Information**

Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen für das Jahr 2015

Drucksachenummer: 268/2015

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., fragt bezüglich der lfd. Nr. 4, wieso die Maßnahme „Sanierung Pfaffengut“ als Deckungsquelle angegeben ist? Er denkt, dass das Geld dort dringend benötigt wird und nicht anderweitig benutzt werden sollte.

Herr vom Hagen, Leiter Eigenbetrieb GAV, informiert, dass zwischenzeitlich die Endabrechnung fast vorliegt und die hier in der Vorlage angegebenen Mehraufwendungen nicht in voller Höhe benötigt werden. Er erklärt, dass nunmehr noch ca. 5.000 EUR benötigt werden. Er versichert, dass alle notwendigen Reparaturen am Pfaffengut durchgeführt werden und nicht zu Lasten dieser Maßnahme gehen.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, fragt, ob es sich bezüglich der lfd. Nr. 2, um die Problematik „Am Pietschebach“ handelt oder ob es einen anderen Kanal betrifft? Er bittet, um nähere Ausführungen dazu, weil es bezüglich der Gewässer am Stadion schon immer relativ große Schwierigkeiten gab?

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Information:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen nimmt die gemäß der Anlage im Zeitraum vom 19.09.2015 bis 16.10.2015 für das Haushaltsjahr 2015 genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zur Kenntnis.

3. **Beschlussfassung**

Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen für Rückzahlung Konzessionsabgabe Strom

Drucksachenummer: 265/2015

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert die Vorlage.

Beschluss:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen beschließt die außerplanmäßige Aufwendung i. H. v. 55.190,26 EUR für die Rückzahlung zu viel gezahlter Konzessionsabgabe Strom in den Jahren 2013 und 2014.

Abstimmungsergebnis: 10 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen

4. Vorberatung

4.1. Neufassung der Elternbeitragsatzung der Stadt Plauen

Drucksachenummer: 264/2015

Oberbürgermeister Oberdorfer, merkt an, dass er und Bürgermeister Täschner es versäumt haben, regelmäßig Kostenveränderung im Bereich der Elternbeiträge vorzunehmen. Er erklärt, dass Plauen auch trotz der Erhöhung im Vergleich zu den Kommunen in Sachsen und im Vogtlandkreis geringe Elternbeiträge hat und sich im Mittelfeld einordnet. Er empfiehlt, stolz darauf zu sein, dass 75% der Kosten nicht durch die Eltern getragen werden müssen und fügt hinzu, dass es zusätzlich auch noch Sozialregeln gibt, die Einkommensschwache Familien unterstützen.

Stadtrat Wolf-Rüdiger Ruppin, CDU-Fraktion, äußert, dass er die Erhöhungen für angemessen hält und gut mittragen kann.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., fragt, wieso die Anträge ihrer Fraktion nicht auf der Tagesordnung aufgeführt sind? Sie plädiert dafür, dass es vorerst eine Anpassung in Höhe von 10% gibt und ggf. nächstes Jahr eine weitere Erhöhung.

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass mit Inkrafttreten der Satzung ab Mai 2016, dem Antrages der Fraktion DIE LINKE. entsprochen werden würde und es in 2016 nur eine 10%ige Erhöhung gibt. Er selbst wirbt jedoch für ein Inkrafttreten ab 01.01.2016.

Stadträtin Rank schlägt vor, dass die Anpassung bezüglich der automatischen Dynamisierung trotzdem immer durch Beschluss im Stadtrat erfolgen soll, um eine gewisse Transparenz zu gewährleisten.

Oberbürgermeister Oberdorfer schlägt vor, dass die Stadtverwaltung beauftragt werden könnte, die Kostenkalkulation dem Stadtrat vorzulegen. Er erklärt, dass der Stadtrat dann die Möglichkeit hat, die Sache an sich zu ziehen und darüber zu debattieren.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, äußert, dass er ein Problem mit dieser Vorgehensweise hat, da dadurch wieder das gleiche Risiko besteht und Erhöhungen immer wieder verschoben werden. Er findet, dass vielmehr eine Planungssicherheit geschaffen und klar gehandelt werden sollte.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., sagt, dass es ihm um den politischen Stellenwert des Kindes und der Kinderbetreuung geht. Er hält es politisch für nicht akzeptabel, dass das Land den Zuschussbetrag trotz gestiegener Personal- und Sachkosten über 10 Jahre nicht angehoben hat.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, merkt an, dass im Kreisjournal vom 28.10.2015 ein Überblick über alle Städte und Gemeinden des Vogtlandkreises bezüglich der Elternbeiträge enthalten ist und die Stadt Plauen, trotz der Erhöhung, im Durchschnitt liegt. Er fragt, ob es satzungsgemäß ist, wenn der Prozentsatz jetzt festgelegt wird?

Stadtrat Kämpf fragt, ob beziffert werden kann, wie hoch die Mindereinnahmen wären, wenn die Erhebung in zwei Schritten erfolgen würde und inwieweit es eine Deckungsquelle seitens der Verwaltung dazu gibt?

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, erklärt, dass in die Neufassung der Elternbeitragsatzung der Antrag der Fraktion DIE LINKE. (Erhöhung in 2016 um maximal 10%), welcher auch der Intention der SPD/Grünen-Fraktion entspricht, durch das spätere Inkrafttreten ab Mai 2016, eingearbeitet wurde.. Außerdem merkt sie an, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE. im letzten Finanzausschuss abgestimmt wurde und deshalb nicht auf der Tagesordnung steht.

Sie erklärt, dass das spätere Inkrafttreten Mindereinnahmen in Höhe von 85.000 EUR im städtischen Bereich und 119.000 EUR im Bereich der freien Träger, gegenüber dem ursprünglichen Verwaltungsvorschlag zur Konsolidierung, mit sich bringt. Sie beschreibt, dass dem entgegen die Mehreinnahmen aus der Dynamisierung stehen, welche mit dem Änderungsblatt zur heutigen Sitzung ausgereicht wurden.

Sie macht darauf aufmerksam, dass die Angleichung der Elternbeiträge an das Niveau der anderen Städte keine Maßnahme ist, mit der der Fehlbetrag im Haushalt ausgeglichen wird, sondern der Erhöhung eines Fehlbetrages entgegen wirkt, die durch Kostensteigerung in diesem Bereich entstehen würde. Sie erläutert, dass sich durch das Entgegenrechnen der Mindereinnahmen, mit den aus der Dynamisierung entstandenen Mehreinnahmen, eine Verbesserung in Höhe von nur 50.000 EUR ergibt. Sie erklärt, dass darüber hinaus seit Vorlagenerstellung weitere Personalkostenerhöhungen auf die Stadt zukommen, zum einen durch den endgültigen Tarifabschluss und zum anderen weil mit dem Stellenplan zusätzliche Stellen beschlossen wurden. Sie informiert, dass sich somit unter Berücksichtigung des späteren Inkrafttretens, der Mehreinnahmen aus der Dynamisierung und den zusätzlichen Personalkosten für die Jahre 2016 – 2019 ein Mehrbedarf in Höhe von ca. 900.000 EUR ergibt.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, möchte erwähnen, dass die zahlreichen, teilweise sehr kurzfristig, ausgereichte Änderungsblätter und mündlichen Verkündigungen die Debatte nicht gerade erleichtern. Er merkt an, dass die Elternbeiträge auch als harter Standortfaktor vor allem in Zeiten des Fachkräftemangels zu sehen sind. Außerdem kritisiert er, dass der Oberbürgermeister die Erhöhung der Beiträge nicht als Punkt im Haushaltsstrukturkonzept aufgeführt hatte

Er bittet in Bezug auf die Überarbeitung der Dynamisierung und die im heutigen Ausschuss von Frau Göbel genannten Zahlen, um eine Gesamtübersicht zur Darstellung. Er äußert, dass diese noch vor den Fraktionssitzungen (10.11.2015) zugearbeitet werden soll.

Den Vorschlag von Oberbürgermeister Oberdorfer bezüglich der Vorlage der Kostenkalkulation im Stadtrat hält er für positiv.

Er erklärt, dass er die Verschiebung der Erhöhung auf Mai 2016 nur als Scheinargument empfindet und dies nicht im Sinne des Antragstellers ist.

Oberbürgermeister Oberdorfer bietet an, dass auch ein Verantwortlicher aus der Kämmerei oder dem Sozialbereich an der Fraktionssitzung teilnehmen könnte.

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, sagt ihr Kommen zu.

Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion FDP/Initiative e.V., merkt an, dass das Niveau in den Einrichtungen im Gegensatz zu früher enorm gestiegen ist. Außerdem macht sie darauf aufmerksam, dass es ab dem zweiten Kind in einer Einrichtung erhebliche Ermäßigungen gibt

Stadtrat Kämpf erkundigt sich, wie die 900.000 EUR Mehrbedarf gedeckt werden?

Frau Göbel möchte dem Planentwurf nicht vorgreifen, nennt aber als Beispiel Mehreinnahmen im Bereich der Verkehrsüberwachung.

Stadtrat Kämpf fragt, ob dies bedeutet, dass zum Ende des Planungszeitraumes die Liquidität komplett aufgebraucht ist?

Frau Göbel antwortet, dass nach derzeitigem Stand noch ein kleiner Betrag in Höhe von 1 Mio. EUR geplant ist, dem gegenüber aber z.B. Rückstellungen in Höhe von 1,8 Mio. EUR stehen und diese somit nicht gedeckt sind. Außerdem weist sie darauf hin, dass bezüglich der Forderungen zum Haushaltsausgleich, ab 2017 die durch Investitionen bedingten Abschreibungen gedeckt werden müssen. Abschließend äußert sie, dass unter Einarbeitung aller Konsolidierungsvorschläge in 2016 trotzdem noch ein negativer Zahlungssaldo aus Verwaltungstätigkeit in Höhe von 150.000 EUR besteht. Sie fügt hinzu, dass zudem im gesamten Planungszeitraum die Tilgung nicht erwirtschaftet werden kann.

Stadtrat Hermann merkt an, dass er bezüglich der geforderten aktualisierten Stellungnahme der Verwaltung erneut auf Frau Göbel zukommen wird.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer 264/2015 mehrheitlich zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Neufassung der Satzung der Stadt Plauen über die Elternbeiträge für den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Plauen und für die Inanspruchnahme der von der Stadt Plauen angebotenen Kindertagespflege (Elternbeitragssatzung) gemäß Anlage 1.

Abstimmungsergebnis: 6 JA-Stimmen; 2 NEIN-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen

Stadtrat Weiß stellt einen Geschäftsordnungsantrag und fragt, ob der TOP 4.6 vorgezogen werden kann, da Gäste aus der Feuerwehr anwesend sind?

Oberbürgermeister Oberdorfer behandelt den TOP 4.6 im Anschluss an den TOP 4.1.

**4.2. Breitbandinternetausbau in der der Stadt Plauen
Drucksachenummer: 272/2015**

Herr Sorger, Wirtschaftsförderer, erläutert die Vorlage und informiert, dass alle diesbezüglichen Maßnahmen vom Freistaat mit 90% gefördert werden. Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Oberdorfer, ob die Förderung sicher ist, erklärt er, dass alle zuständigen Stellen fest von den 90% ausgehen. Er informiert, dass der in der Vorlage genannte Betrag vom Vogtlandkreis, welcher auf Basis der Untersuchung eines Fachbüros beruht, in Abhängigkeit zu den schon vorhandenen Infrastrukturmaßnahmen im Stadtgebiet zu sehen ist.

Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion FDP/Initiative Plauen, äußert, dass 50 Mbit/s Übertragungsrate für eine Firma nicht viel sind und darauf gedrängt werden sollte, dass eine höhere Übertragungsrate erreicht wird.

Herr Sorger merkt an, dass die Richtlinie eine Mindestgrenze definiert und diese nach oben offen ist. Er erklärt, dass darauf gedrungen wird, in der Ausschreibung festzusetzen, dass die maximale Leistungsfähigkeit etabliert wird.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet Herrn Sorger, über das weitere Fortgehen (Vertrag, Ausschreibung) im Wirtschaftsförderungsausschuss zu berichten.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer 272/2015 einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Erschließung der Stadt Plauen mit Breitbandinternet entsprechend der Studie „Aktualisierung der Bedarfs- und Verfügbarkeitsanalyse zur Breitbandinternetversorgung im Landkreis Vogtlandkreis“ der TeleKabel-Ingenieurgesellschaft mbH gemeinsam mit dem Vogtlandkreis umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 10 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen

4.3. Belastung Erbbaurecht DRK
Drucksachenummer: 266/2015

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., fragt, wie lang die Besicherung des Förderbescheides gilt?

Herr Mißbach, FGL Betriebswirtschaft/Liegenschaften, erklärt, dass diese zwischen 20 – 25 Jahre gilt und dann ein Antrag auf Löschungsbewilligung gestellt werden kann.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, möchte wissen, welche Bedeutung die 810.000 EUR Gesamtbelastung haben und in welchem Zeitraum diese zurückkommen sollen?

Herr Mißbach antwortet, dass es sich nicht um eine Rückzahlung handelt, sondern eine Sicherung mit Zweckbindungsfristen für die Förderbehörde. Er erklärt, dass es keine persönliche Verpflichtung der Stadt als solche gibt. Er merkt jedoch an, dass wenn der freie Träger in irgendeiner Weise permanent gegen seine Verpflichtungen verstößt, die Behörde theoretisch die Möglichkeit hat, die Grundschuld zu vollstrecken.

Stadtrat Weiß wünscht, dass im Protokoll festgehalten wird, dass solange es als Kindergarten betrieben wird, verantwortlich ist.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer 266/2015 einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt die Belastung des Erbbaurechtes für das Grundstück in Plauen, Kurze Straße 18-20 (Kita „Wirbelwind“), Flurstück 1014, Gemarkung Chrieschwitz, Erbbauberechtigter Deutsches Rotes Kreuz Zentrum Plauen/Vogtland e.V., mit Grundschulden in Höhe von 63.000,00 EUR für den Freistaat Sachsen und in Höhe von 6.300,00 EUR für den Landkreis Vogtlandkreis.

Abstimmungsergebnis: 10 JA-Stimmen; 10 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen

4.4. Grundstücksverkehr (Preisänderung für Grundstück in Jöbnitz)
Drucksachenummer: 254/2015

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert die Vorlage.

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, erklärt, dass eine Darstellung erstellt wurde, in der nur die liquiditätsmäßigen Auswirkungen (ohne Verzinsung) berücksichtigt sind und sich somit ein Defizit von 1,1 Mio. EUR ergibt.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass er es nicht für gerechtfertigt hält, dass die öffentliche Hand für einen privaten Eigenheimbauer in dieser Größenordnung Steuergelder verwendet.

Herr Mißbach, FGL Betriebswirtschaft/Liegenschaften, erläutert, dass es einen Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 2006 gibt, das Grundstück nicht unter 60 EUR/m² zu verkaufen. Er meint, dass es für 40,00 EUR/m² verkauft werden könnte und benötigt deshalb den Beschluss des Stadtrates.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer 254/2015 mehrheitlich zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt den Verkauf des Flurstückes 1221 im Eigenheimgebiet Lessingstraße Jößnitz (Parzelle 32), Gemarkung Jößnitz, Größe 533 m², zum Preis von 40,00 EUR/m² (21.320,00 EUR).

Abstimmungsergebnis: 9 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 1 Stimmenthaltung

**4.5. Bestellung eines Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2015 der GAV
*Drucksachenummer: 270/2015***

Herr vom Hagen, Leiter Eigenbetrieb GAV, erläutert die kurz die Vorlage.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass es keine gesetzliche Pflicht gibt, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach fünf Jahren zu wechseln. Er ergänzt, dass wenn man sehr zufrieden mit einem Unternehmen ist, auch verlangen könnte, dass andere Prüfer auftreten.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer 270/2015 einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen bestellt die KJF GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Stresemannstraße 33 in 08523 Plauen zum Abschlussprüfer für den Jahresabschluss und den Lagebericht zum 31.12.2015 für den Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt Plauen.

Abstimmungsergebnis: 10 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen

**4.6. 1. Änderungssatzung zur Satzung zur Regelung des Kostenersatzes für Einsätze der Feuerwehr der Stadt Plauen (Feuerwehrkostensatzung)
*Drucksachenummer: 260/2015***

Herr Pöcker, FGL Brandschutz, erläutert die Vorlage. Er erklärt, dass sich u. a. aufgrund des Umzuges der Leitstelle Plauen in die Leitstelle nach Zwickau einzelne Positionen im Kostenverzeichnis ändern. Außerdem erklärt er, dass die zum 01.01.2016 beabsichtigten Änderungen des Umsatzsteuergesetzes in Bezug auf die Feuerwehrleistung in die Satzung eingearbeitet wurden. Er informiert, dass diese Änderung nach aktuellem Kenntnisstand aber erst ab 01.01.2017 in Kraft tritt.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer 260/2015 einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die 1. Änderungssatzung zur Regelung des Kostenersatzes für Einsätze der Feuerwehr der Stadt Plauen (Feuerwehrkostensatzung).

Abstimmungsergebnis: 10 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen

4.7. Änderungsantrag der SPD/Grüne-Fraktion, zu Nr. 28 (Waldverkauf) des Haushaltsstrukturkonzeptes (DS.-Nr. 228/2015)

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne-Fraktion, erläutert kurz den Antrag der Fraktion und äußert, dass die Grundintention ist, wenn möglich, keinen Waldverkauf zu betreiben und wenn dann nur Randflächen. Er ergänzt, dass man sich zukünftig auch Gedanken darüber machen muss, wie man mit härteren Verträgen, in Bezug auf Verbisschäden, den Wildbestand reduzieren kann.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, informiert, dass sich Stadtrat Schmidt und Stadtrat Zabel abgesprochen haben und im Punkt 3 des Antrages noch etwas hinzugefügt werden soll.

Stadtrat Weiß übergibt an Oberbürgermeister Oberdorfer diesbezüglich einen Antrag.

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, merkt an, dass im heutigen Finanzausschuss eine Stellungnahme nachgereicht wurde, nachdem es am Montag im Stadtbau- und Umweltausschuss zu Irritationen gekommen war. Sie weist bezüglich des Zusatzes zum Punkt 3 drauf hin, dass der Einbezug eines Gutachters auch eine Kostenfrage ist und dieses Geld nicht geplant ist.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt, dass im Stadtrat ein Beschluss gefasst werden sollte und er somit einen Handlungsauftrag hat.

Herr vom Hagen, Leiter Eigenbetrieb GAV, informiert, dass das Kartenwerk bezüglich des Waldes für die Fraktionen ab morgen im Fabasoft eingestellt ist.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., erklärt, dass im Stadtbau- und Umweltausschuss keine Stellungnahme vorgelegen hat und der Antrag deshalb nicht abgestimmt wurde. Er äußert, dass realistisch und zukunftsbewusst mit dem Wald umgegangen werden und der Verkauf nur das letzte Mittel sein sollte.

Herr vom Hagen weist darauf hin, dass die Stadt Plauen vor ca. 15 Jahren noch Zuschüsse für den Wald gezahlt hat und es seitdem enorme Bestrebungen gab, den Wald effektiver zu bewirtschaften. Er informiert, dass das derzeitige Niveau deutlich über dem liegt, was von der letzten Forsteinrichtung prognostiziert wurde.

Frau Göbel bittet darum, dass bezüglich des Ergänzungsantrages noch hinzugefügt wird: „Über die Beauftragung der Sachverständigen entscheidet der Finanzausschuss.“

Oberbürgermeister Oberdorfer stimmt zu, dass dies im Protokoll so festgehalten wird.

Stadtrat Weiß fügt hinzu, dass er Stadtrat Schmidt darum bitten wird, im Ältestenrat eine Auskunft bezüglich der Kosten für den Gutachter zu geben.

Der Antrag Reg.-Nr. 82-15 wird nicht abgestimmt.

5. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

- Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., erkundigt sich nach dem aktuellen Stand bezüglich der Entwicklung Sparkasse Vogtland zur Sachsen Finanzgruppe? Außerdem möchte er im Namen seiner Fraktion anregen, dass der Stadtrat gleichlaufend wie der Kreistag bezüglich des Prozesses Zweckverband Sparkasse informiert wird.

Abschließend fragt er, ob die Schlussrechnung für den Haltepunkt Mitte schon da ist und wie sich die aktuelle Situation zur Diskussion mit der ARGE darstellt?

Oberbürgermeister Oberdorfer verweist bezüglich der ersten Frage auf die geplante Zweckverbandsversammlung am 26.11.2015, zu der er noch einladen wird. Er äußert, dass er den Hinweis der Fraktion gern aufgreifen möchte und in der Stadtratssitzung eine Präsentation der Sparkassenführung hinsichtlich des Plauener Stadtgebietes erfolgen kann.

Er erklärt, dass er bezüglich des Haltepunktes Mitte vor einer Woche vom Fachgebietsleiter des Tiefbauamtes die Information erhalten hat, dass die Endabrechnung noch nicht da ist.

- Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, möchte von Oberbürgermeister Oberdorfer als Verbandsvorsitzender des ZWAV wissen, mit welcher Begründung die Abwassergebühr jetzt vereinheitlicht wird und warum dies bei der Abfallproblematik nicht möglich ist?

Oberbürgermeister Oberdorfer, erklärt, dass es eine Gebührenperiode gibt und wenn in dieser Periode mehr Geld eingenommen wird, als Kosten entstehen, dann sind sie verpflichtet es in der darauffolgenden Gebührenkalkulationsperiode den Bürgern zurück zu geben. Er merkt an, dass es sich umgekehrt natürlich genauso darstellt. Er fügt hinzu, dass im Zweckverband immer formuliert wurde, dass man im Gebührenbereich ein Vogtland werden möchte und deshalb die Gebühr vereinheitlicht werden soll.

Er merkt zudem an, dass der Vorschlag des Oberbürgermeisters war, eine Gebührensatzung bezüglich des Abfalls zu gründen und der Stadtrat dies damals durch gut argumentierte Anträge verhindert hat. Er fügt hinzu, dass er zumindest für das nächste Mal versuchen möchte, dass es zu einer gemeinsamen Satzung kommt.

Stadtrat Weiß weist drauf hin, dass nach wie vor nicht nachgewiesen ist, dass das Plauener System wirklich so viel teurer ist wie das des Vogtlandkreises.

Plauen, den

Plauen, den

Ralf Oberdorfer
Oberbürgermeister

Klaus Jäger
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Luise Krause
Schriftführerin

Steffen Müller
Stadtrat